

GLÜCKSSPIEL

Glücksspiel-Konzern spielt Gefahr herunter

Zurück an den Start: Das Land bleibt verantwortlich für das Glücksspiel, weil die Novelle im Bund auf Eis liegt. Es gibt zu viele Ungereimtheiten.



flickr/minicloud

Das Glücksspiel bleibt vorerst Sache des Landes, wo sich SPÖ und ÖVP ja zuletzt stets auf den Bund ausgedredet haben, wenn es um Verbesserungen für Spielsüchtige ging. Der Grund: Die Novelle zum Glücksspielgesetz wäre ein Freibrief für den heimischen Glücksspielkonzern Novomatic. Und die Länder würden weniger vom Abgabekuchen mitnaschen dürfen. An den Schutz der SpielerInnen denkt außer der KPÖ niemand...

Laut der Novelle muss ein Betreiber einer Glücksspiel-Konzession über ein Stammkapital von 50 Millionen Euro verfügen. Für Novomatic ein Klacks, für alle anderen eine kaum zu nehmende Hürde. Der heimische Automatenriese hat erst im Frühsommer die Konzession für 600 weitere

Automaten im Wiener Prater bekommen.

Bezeichnend sind auch die jüngst im „profil“ zu lesenden Aussagen von Novomatic-Chef Franz Wohlfahrt. Er sieht sein Unternehmen als „Glücksspiel-Dienstleister in der Freizeit- und Unterhaltungsindustrie“. In Sachen Spielsucht sieht er nur 0,5 Prozent der Spieler gefährdet. Suchtberater verweisen auf 1,5 Prozent krankhafte und weitere 4 Prozent gefährdete SpielerInnen – in Summe weit mehr als 100.000 Menschen in Österreich samt Familien.

Die KPÖ drängt weiter auf scharfe Regeln beim Kleinen Glücksspiel, etwa auf höhere Abgaben in der Steiermark, wie sie in Wien üblich sind. Und auf Finanzierung des Ausbaus der Suchthilfe.

MEINUNG



Ernest Kaltenegger,
KPÖ-Klubobmann im Landtag

Sind Pensionisten Sozialschmarotzer?

In (un)schöner Regelmäßigkeit geistern Meldungen über die Unfinanzierbarkeit unserer Pensionen durch die Medien. So auch kürzlich, als über die 15.000 Anträge auf Hackler-Pension im ersten Halbjahr berichtet wurde. Unterschwellig wurde dabei Stimmung gegen die Höhe der Hacklerpensionen gemacht. Ungerecht? Wirklich nicht! Schließlich bekommen Menschen mit langen Versicherungszeiten nur deshalb etwas höhere Pensionen, weil sie mindestens 40 (Frauen) oder 45 Jahre (Männer) ihre Beiträge geleistet haben.

Regelmäßig ist auch von immer weniger Beschäftigten die Rede, die immer mehr Pensionisten erhalten müssten. Mit penetranter Beharrlichkeit wird dabei allerdings die ständig steigende Produktivität verschwiegen. Das heißt, dass heute von den Beschäftigten ein Vielfaches von dem früherer Jahre produziert wird. Da sollen wir uns auf einmal die Pensionen nicht mehr

leisten können?

Was wirklich hinter der aktuellen Pensionsdebatte steckt, wird dann klarer, wenn man sich einige der „Experten“ genauer anschaut. So mancher steht nämlich auch auf den Gehaltslisten der privaten Pensionsversicherungen bzw. tritt dort öfters als hoch bezahlter Referent oder Berater auf. Die privaten Pensionsversicherungen haben solche Helfer dringend nötig, denn mit den Verlusten an den Börsen sind auch die Zusatzpensionen oft um bis zu 30 Prozent geschrumpft.

Ein harter Schlag für alle Versicherten, die mit einer soliden Altersvorsorge gerechnet haben. Um davon abzulenken, sind die Diskussionen über eine angebliche Unfinanzierbarkeit der staatlichen Pensionen hilfreich. Vor allem dann, wenn wir dieses Spiel nicht durchschauen!

Ernest Kaltenegger,
0316 / 877 5104
stadtblatt@kpoe-graz.at

THERAPEUTISCHES REITEN – FINANZIERUNG GESTRICHEN

Die Heilmittelverordnung bedroht Therapie



„Wenn Heil- und Hilfsmittel selbst bezahlt werden müssen, wird aus Behinderung Pflege.“ Laut Peter Ripper, Präsident des Dachverbandes der Behindertenhilfe, sind 10 Prozent der Steirer von der Verschlechterung der Heilmittelverordnung betroffen, nach der Selbstbehalte auf bis zu 70 Prozent erhöht oder Leistungen gestrichen wurden. Beispiel: Die Hippotherapie, das therapeutische Reiten, das bei psychisch

oder physisch Erkrankten oder Missbrauchsoptionen eine anerkannte und erfolgreiche Therapieform ist, wurde gänzlich gestrichen. Allein zu Dagmar Zidek kommen 45 bis 50 Menschen pro Woche, die nun nicht wissen, wie sie die Therapie für ihre Kinder oder Angehörigen finanzieren sollen. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler protestiert und kämpft für eine Verbesserung der Situation.